

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

42. Jahrgang / 168

4. September 1987

Dr. Wilhelm Bruns skizziert das deutsch-deutsche Verhältnis vor dem Honecker-Besuch: Für eine Partnerschaft der Vernunft.

Seite 1

Dr. Klaus von Dohnanyi erläutert die Hamburger Koalitionsvereinbarungen: Die Weichen für eine gute Zukunft sind gestellt.

Seite 3

Walter Edenhofer kommentiert die FDP-Strategieüberlegungen: Kampfansage an die Arbeiterbewegung.

Seite 5

Dokumentation

Eine Konferenz von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern der SPD hat in Kiel eine EntschlieÙung zur Finanzausstattung kommunaler Gebietskörperschaften verabschiedet. Die EntschlieÙung im Wortlaut

Seite 6

Für eine Partnerschaft der Vernunft!

Honecker-Besuch bietet große Chance für eine qualitative Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die deutsch-deutsche Premiere der nächsten Woche, das heißt der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, und die Begegnungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn bietet eine vielleicht einmalige, auf jeden Fall große Chance für eine erhebliche Verbesserung und Verstärkung der deutsch-deutschen Beziehungen - und zwar in ihrer ganzen Breite. Das Spitzentreffen wie die protokollarische Behandlung (einige in Bonn haben immer noch nicht ganz begriffen, daß hier das Oberhaupt eines anderen Staates mit (fast) allen protokollarischen Ehren empfangen wird und zwar von einer CDU-geführten Bundesregierung) könnten den überfälligen Durchbruch zu einer qualitativ neuen Phase in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bringen. Für eine Phase, in der die „klassische“ Deutschlandpolitik (Reiseerleichterung unter anderem) mit der Sicherheitspolitik verbunden wird. Die Voraussetzungen für eine Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen waren noch nie so günstig:

- Es gibt ein kooperatives internationales Umfeld (die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenwaffen stehen vor einem erfolgreichen Abschluß).
- Die deutsch-deutschen Beziehungen haben in einigen Bereichen einen erfreulich guten Stand erreicht.
- Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sind dank des Besuches des Bundespräsidenten von Weizsäcker im Juli 1987 wieder so, daß man hoffnungsvoll von einem Neuanfang sprechen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.



- Die parlamentarische Opposition unterstützt die Bundesregierung - wie der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, mehrfach bekräftigt hat - bei allen Bemühungen, die deutsch-deutschen Beziehungen zu verbessern.
- Die innenpolitischen Voraussetzungen sind sehr günstig. Das Bild von der DDR scheint sich in der Bevölkerung der Bundesrepublik zu verändern. Nach einer Umfrage, die am 26. August 1987 in der „Welt“ veröffentlicht wurde, stehen 75 Prozent der Bundesbürger dem Honecker-Besuch positiv gegenüber. Was vor Jahren noch undenkbar war: 58 Prozent der Bundesbürger halten Honecker für „eher friedliebend“.

Das heißt, es gibt praktisch keine Opposition in der Bundesrepublik in dieser Frage. Es kommt jetzt entscheidend darauf an, ob beide deutsche Regierungen die Gunst der Stunde nutzen und den deutsch-deutschen Beziehungen Impulse verleihen, die diese weiterentwickeln und verstetigen. Der „subjektive Faktor“ ist also gefragt!

Der Bundesregierung sollte es nicht schwerfallen, der DDR eine Partnerschaft der Vernunft anzubieten beziehungsweise mit ihr eine solche zu praktizieren. Was heißt dies? Ohne die erheblichen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten zu verschleiern, könnten Bundesrepublik und DDR Partner sein bei allen Problemen, die nur grenzüberschreitend lösbar sind (Umwelt), humanitär möglich (weitere Reiseerleichterungen), ökonomisch-technologisch notwendig (Drittlandkooperation) sowie friedenspolitisch relevant sind, konstruktiv und gleichberechtigt zusammenarbeiten. Für eine solche Partnerschaft der Vernunft sind nicht nur die allgemeinen Voraussetzungen günstig (s. oben), sondern dafür gibt es auch eine vereinbarte Basis: Den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, der unter Bundeskanzler Willy Brandt von Egon Bahr ausgehandelt und Anfang der 70er Jahre von der CDU/CSU heftig bekämpft wurde. Wenn diese Regierung behauptet, sie gestalte ihre Beziehungen zur DDR auf der Basis des Grundlagenvertrages und der damit zusammenhängenden sicherheitspolitischen Konsultationsvereinbarung, dann ist es unverständlich und von der Sache her völlig ungerechtfertigt, wenn sich der CDU/CSU-Teil der Regierung gegen die sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen sträubt. Die „Angst“ des Bundeskanzlers vor einer deutsch-deutschen Sicherheitspolitik ist nicht nur unbegründet. Es besteht sogar die Gefahr, daß hier Chancen fahrlässig vertan werden mit unerwünschten Folgen für andere Bereiche in den deutsch-deutschen Beziehungen. Die tatsächliche Bedeutung dieses „historischen Besuches“ muß also auch in der Frage zum Ausdruck kommen, was denn die beiden deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung in Europa tun können und durch welche Initiativen dies geschehen kann - parallel oder miteinander abgestimmt.

An der Antwort auf diese Frage zeigt sich auch der Erfolg des Besuches. Immer da, wo die beiden deutschen Staaten betroffen und an Verhandlungen beteiligt sind und wo es keine multilateralen Bündnisentscheidungen gibt, haben die beiden deutschen Staaten bilateral ein weites Handlungsfeld. Das reicht von der konventionellen Abrüstung über die chemische Abrüstung bis hin zu den vertrauensbildenden Maßnahmen. Hier gibt es interessante Vorschläge und ein objektives Interesse beider deutscher Staaten, aber nicht nachvollziehbare und wenig durchdachte Ängste in Bonn.

Wenn der Bundeskanzler versichert, er wolle die deutsch-deutschen Beziehungen in der ganzen Breite voranbringen, kann er die Sicherheitspolitik nicht ausklammern. Denn damit reduziert er nicht nur die deutsch-deutschen Beziehungen, er verringert auch den Handlungsspielraum der DDR. In den Fragen, die aus unserer Sicht so wichtig sind: Weitere Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr! Hier gibt es Zusammenhänge, die hoffentlich in Bonn richtig gesehen werden!

(-/4.9.1987/st/ks)

* * *



Die Weichen für eine gute Zukunft sind gestellt

Die neue Koalition bietet auch für die SPD erhebliche Chancen

Von Klaus von Dohnanyi
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Am Mittwoch dieser Woche, gut drei Monate nach der Hamburger Bürgerschaftswahl im Mai dieses Jahres, hat Hamburg einen neugewählten Senat bekommen. Damit gibt es auf Länderebene die erste SPD/FDP-Koalition seit dem Auseinanderbrechen der Regierung Helmut Schmidt im September 1982.

Die zwischen SPD und FDP ausgehandelte Koalitionsvereinbarung trägt - wie könnte es anders sein - nicht durchgängig eine sozialdemokratische Handschrift. Manche der unvermeidlichen Kompromisse sind für uns nur schwer zu akzeptieren. Aber es gab und gibt in Hamburg zu dieser Koalition keine vernünftige Alternative. Sie bietet im übrigen auch für uns erhebliche Chancen.

Und jeder sollte wissen: auf der Grundlage eines Verhältniswahlrechts sind die Chancen für absolute Mehrheiten zur Zeit nur an wenigen Orten gegeben. Die Fähigkeit zur demokratischen Willensbildung wird deswegen entscheidend geprüft auch in der Fähigkeit zur Koalition. Parteien müssen heute und in Zukunft in der Lage sein, mit allen anderen demokratischen Parteien Bündnisse auf Zeit zu schließen. Dies gilt auch für eine Reformpartei wie die SPD, solange es möglich bleibt, fundamentale Fortschritte zu verteidigen und auf neue fortschrittliche Zielpositionen zuzugehen.

Wer das neue Hamburger Regierungsprogramm auch geschichtlich richtig werten will, sollte nicht übersehen, daß die SPD auch in früheren Regierungen Konzessionen an die Regierungspartner hat machen müssen.

Auch bei der 1969 geschlossenen Bonner Koalition aus SPD und FDP hat die SPD Federn lassen müssen. Natürlich hätte die SPD damals mit einer absoluten Mehrheit zum Beispiel ein anderes, die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb noch deutlicher stärkendes Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt. Und doch haben wir auch hier Kompromisse geschlossen, die gegenüber der Situation vorher wirksame Verbesserungen der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte enthielten. Hätten wir uns damals diesen Kompromissen verweigert und die Regierung einer anderen Zusammensetzung überlassen, wäre gar nichts von dem realisiert worden, worauf wir heute Betriebsverfassungsrecht und Mitbestimmung gründen.

Wie anders das Ergebnis einseitig konservativer Politik aussehen kann, sehen wir heute beispielhaft an der Steuerrreform, die aus Bonn die Gemeinden und Städte bedroht, den Ländern wesentliche Einnahmen streicht und in ungerechter Umverteilung von unten nach oben nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit in unserem Lande entstehen läßt.

Was wurde in Hamburg erreicht?

- o Wir haben die innovativen Ansätze einer fortschrittlichen regionalen Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik erfolgreich gesichert. Die Zahl der im Rahmen der „aktiven“ Arbeitsmarktpolitik zu schaffenden über das Arbeitsförderungsgesetz finanzierten Arbeitsplätze bedeutet gegenüber heute eine Steigerung von circa 50 Prozent.



- o Wir haben die Grundlagen geschaffen für eine Verständigung zwischen SPD und FDP zum Kauf der 46.000 Wohnungen der Neuen Heimat. Dies bedeutet für etwa 150.000 Hamburger die Sicherung ihrer Wohnmöglichkeiten zu sozial vertretbaren Bedingungen.
- o SPD und FDP haben sich auf eine Tarifreform im öffentlichen Personennahverkehr verständigt, der die Attraktivität des ÖPNV weiter steigern wird.
- o Erstmals in der Bundesrepublik greift eine Landesregierung den Wunsch vieler Ausländer nach demokratischer Teilhabe durch das Wahlrecht auf der kommunalen Ebene auf. Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, daß alle Ausländer, die mindestens acht Jahre in Hamburg leben, ein Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen erhalten.
- o Im Bereich der Innenpolitik wollen wir weiterhin ein Höchstmaß an Liberalität garantieren. Das Problem „Hafenstraße“ wird, soweit es am Staat liegt, auf friedliche Weise gelöst. Das von beiden Parteien unterstützte Modell enthält eine dauerhafte Sicherung für alternatives Wohnen bei bleibender Verpflichtung und Gewaltfreiheit durch die heutigen Mieter.
- o In der Energiepolitik haben sich SPD und FDP auf die Prioritäten Energiesparen und Integrierte Wärmeversorgung (Fernwärme) verständigt. Strommehrverbrauch wird tariflich nicht mehr prämiert (stattdessen schrittweise Einführung eines linearisierten Tariffs). Wir können in Richtung auf den Ausstieg aus der Atomenergie buchstäblich alle Schritte in dieser Koalition tun, die wir mit absoluter Mehrheit während der nächsten vier Jahre hätten tun können. Das Ausstiegsziel als solches allerdings konnten wir nicht gemeinsam erwähnen; auch nicht in der Satzung der HEW (Hamburgische Elektrizitätswerke).
- o Verständigt haben sich die Koalitionspartner schließlich auf wichtige gemeinsame Positionen gegenüber dem Bund. Dazu gehört die Ablehnung jeglicher Verschärfung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB) und dessen Handhabung ebenso wie die Forderung nach einer Korrektur der Zonenrandförderung (sie entzieht bisher unserer Stadt in volkswirtschaftlich sinnloser Weise Arbeitsplätze und Steuereinnahmen) und die Forderung nach einer gerechten Behandlung Hamburgs im Länderfinanzausgleich.

Die schmerzhaften Einschnitte will ich nicht verschweigen. Dazu zählen die Senkung der Gewerbesteuer um circa fünf Prozent mit einem jährlichen Einnahmeverlust von etwa 54 Millionen DM, die Teilprivatisierung der Hamburger Gaswerke und anderer Unternehmen.

Trotz der so auch deutlich werdenden Differenzen zwischen SPD und FDP erwarte ich in den kommenden vier Jahren eine konstruktive, fruchtbare Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, die den Menschen in unserer Stadt zugute kommen wird. Der neue Hamburger Koalitions-Senat stellt auch die Parteien vor neue Aufgaben. Ich bin sicher, die SPD wird diese Aufgaben bewältigen.

(-/4.9.1987/st/ks)



Kampfansage an die Arbeiterbewegung**Zu den Strategieüberlegungen der FDP**

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation beim SPD-Vorstand

Die Strategieüberlegungen der Liberalen richten sich gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter in gleicher Weise. Die Thesen von der abnehmenden Bedeutung der Gewerkschaften, der Erwerbsarbeit und der Funktion des Sozialstaates zielen darauf ab, gesellschaftliche Solidarität zu untergraben und die Arbeitnehmer vom Einfluß auf Staat und Wirtschaft abzurängen. Entsolidarisierung soll als Hebel für den weiteren Abbau und als Schranke des Sozial-Staates gegen die Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft genutzt werden. Es ist nicht das erste Mal, daß es Stimmen aus dem konservativ-liberalen Lager gibt, die das Ende der Arbeiterbewegung und des Sozial-Staates prophezeien und damit die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit leugnen und verdrängen wollen. Verdrängt werden sollen auch die verheerenden Ergebnisse konservativ-liberaler Regierungspolitik für die breiten Schichten der Arbeitnehmer bei der politischen Wende im Oktober 1982: Massenarbeitslosigkeit, Strukturkrisen bei Werften, Stahl und Kohle, massiver Sozialabbau, Zerschlagung von Arbeitnehmer und Gewerkschaftsrechten, Zersplitterung der Arbeitnehmervertretungen, neue soziale Armut. Mit den Thesen der Liberalen ist kein Staat zu machen, schon gar kein sozialer. Erwerbsarbeit, Erwerbseinkommen und die Systeme der sozialen Sicherheit werden auch für die Zukunft die entscheidenden Merkmale für die Lebenswirklichkeit der arbeitenden Bevölkerung sein. Für Sozialdemokraten ist es deshalb unerträglich, daß sich Konservative und Wirtschaftsliberale mit Massenarbeitslosigkeit abfinden statt sie wirksam zu bekämpfen.

Nicht die Zersplitterung der betrieblichen Arbeitnehmervertretungen führt zu mehr persönlicher Selbstbestimmung, sondern der Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf Unternehmensebene.

Soziale Risiken dürfen nicht auf den einzelnen abgewälzt werden. Die klassischen sozialen Einrichtungen sind große Solidargemeinschaften, in denen sich die Menschen gegenseitig vor elementaren Lebensrisiken schützen. Die Mitglieder der Solidargemeinschaften wollen für ihre Beiträge keine Almosen, sondern Rechtsansprüche auf Leistungen. Deshalb werden sich Sozialdemokraten allen Versuchen widersetzen, soziale Leistungen abzubauen und die Lebensrisiken unter dem Stichwort Eigenverantwortung zu privatisieren.

Seit es die deutsche Arbeiterbewegung gibt hat sie gegen Ungerechtigkeit, Not und Ausbeutung gekämpft. Wo immer der Versuch gemacht wird, die erkämpften sozialen Fortschritte in Frage zu stellen und Sozialstaatlichkeit als ein grundlegendes Prinzip unserer Verfassung zu demontieren, werden Sozialdemokraten und Gewerkschaften gemeinsam dagegen auftreten. Ohne starke, solidarische Arbeiterbewegung gibt es keine soziale Zukunft...

(-/4.9.1987/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION**„Schluß mit der Ausplünderung kommunaler Kassen“**

Eine ausreichende Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften und die sofortige Bekanntgabe realistischer Planungsdaten über die Folgen der Steuerverteilungspolitik der Bundesregierung hat am Dienstag morgen in Kiel eine gemeinsame Konferenz von SPD-Bundestagsabgeordneten, SPD-Landtagsabgeordneten und schleswig-holsteinischen SPD-Kommunalpolitikern von der Landesregierung gefordert. Gleichzeitig verlangten sie in einer gemeinsamen EntschlieÙung vom Bund eine Beendigung der Steuerpolitik, die zu Lasten der Länder, Städte und Dörfer gehe. An der Konferenz, die unter Vorsitz von MdB Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stattfand, nahmen neben den Bonner Politikern und den Landtagsabgeordneten Bürgermeister und Finanzexperten aus allen Städten und Dörfern Schleswig-Holsteins sowie der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Björn Engholm, teil. Die EntschlieÙung im Wortlaut.

Die Politik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß die kreisfreien Städte, aber auch andere Kommunen mit zentralen Aufgaben, ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können. Die kreisfreien Städte kämpfen ums bloÙe Überleben. Die strukturschwachen Räume des Landes - Nord- und Küstenregion - sind der Möglichkeit beraubt, ihren Bürgern gleichwertige Lebensverhältnisse zu bieten.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

1. Hände weg von der Steuerverteilungspolitik, die zu Lasten der Länder und Gemeinden geht und die kommunalen Gebietskörperschaften in den finanziellen Ruin führen muß und in der Konsequenz die kommunale Selbstverwaltung zerstört.
2. Hände weg von der Gewerbesteuer. Diese ist vielmehr auf breitere Basis zu stellen.
3. Schluß mit der Ausplünderung kommunaler Kassen. Wir fordern stattdessen eine Fortsetzung der Gemeindefinanzreform nach den Vorschlägen der SPD-Bundestagsfraktion und der kommunalen Spitzenverbände.
4. Schluß mit der Abwälzung der Kosten für die Massenarbeitslosigkeit auf die Kommunen. Die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit sind mindestens auf das Niveau der Sozialhilfe anzuheben.
5. Anhebung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer und Neufestsetzung des Verteilerschlüssels unter Berücksichtigung von Aufgabenstellung, Steuerkraft und Beschäftigungslage.
6. Entlastung der Städte, Kreise und Gemeinden bei den Kosten für die Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen, insbesondere bei Pflegebedürftigkeit.

Gleichzeitig fordern wir die neue Landesregierung Schleswig-Holstein auf, ihrer Verantwortung dafür gerecht zu werden, daß im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden können. Hierzu gehört die sofortige Reform des kommunalen Finanzausgleichs.

Wir fordern von der Landesregierung:

1. Ausreichende und aufgabengerechte Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften.
2. Sofortige Herausgabe realistischer Planungsdaten über die Folgen der Steuerverteilungspolitik der Bundesregierung für Schleswig-Holstein an die Gemeinden sowie eine Erklärung, wie die den Kommunen entstehenden Verluste ausgeglichen werden sollen.

Wir verlangen eine sofortige Änderung der von der Bundes- und der Landesregierung zu verantwortenden Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik um Schaden von unseren Bürgern abzuwenden. Gleichzeitig setzen wir unsere Hoffnung auf den 13. September, den Tag, der Björn Engholm und seine Mannschaft an die Spitze des Landes Schleswig-Holstein führen wird. (-/4.9.1987/st/ks)

